

Das Vorhaben „Warnschussarrest“ ist schon länger ein Anliegen der CDU/CSU und war Teil der Koalitionsvereinbarung. Mit einer entsprechenden Gesetzesvorlage wird in nächster Zeit gerechnet. Die KAGS plant, sich zu dem Gesetzentwurf zu äußern, sobald dieser vorliegt. Die Caritas hat sich Anfang der Woche in einer Pressemeldung kritisch zum Warnschussarrest geäußert (siehe unten).

In den Jahren 2007/08 hat sich die KAGS anlässlich unserer gemeinsamen Positionierung mit dem BVkE: „Erziehung hat Vorrang! Delinquente Jugendliche zwischen Jugendhilfe und Justiz“ (inzwischen kostenlos beim BVkE erhältlich) auch mit dieser Thematik befasst. Wie andere Organisationen, bspw. der Richterbund und die Polizeigewerkschaft

http://www.focus.de/politik/deutschland/koalition-warnschussarrest-kommt-zweifel-an-abschreckender-wirkung_aid_720750.html, oder de DVJJ

<http://www.dvjj.de/artikel.php?artikel=1613> halten wir den Warnschussarrest für wenig sinnvoll.

Es steht jedoch zu befürchten, dass die ablehnenden Positionen das Gesetz nicht verhindern werden.

Geplanter Warnschussarrest für jugendliche Straftäter wenig sinnvoll

Berlin, 05. März 2012. Als wenig sinnvoll bezeichnet Caritas-Präsident Peter Neher den verabschiedeten Vorschlag des Koalitionsausschusses, jugendliche Straftäter durch einen sogenannten Warnschussarrest von weiteren Straftaten abzuhalten. „Die erneut geplante Verschärfung des Jugendstrafrechts überschätzt die Möglichkeiten des Strafrechts zur Verhaltenssteuerung bei Jugendlichen“, macht Neher deutlich. Empirische Belege zeigen, dass ambulante und präventive Maßnahmen wie beispielsweise Anti-Gewalt-Trainings wesentlich effizienter seien bei jugendlichen Straftätern. „Viel wichtiger ist es, die Dauer der Verfahren im Jugendstrafrecht deutlich abzukürzen. Die Jugendlichen müssen den Zusammenhang zwischen Straftat und deren Folgen sofort spüren.“ Passgenaue Angebote der Jugendhilfe seien gerade für die Resozialisierung straffällig gewordener Jugendlicher von entscheidender Bedeutung für deren weitere Entwicklung.

Neher begrüßt, dass die Koalition das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern im Bereich der Bildung lockern will. „Dies jedoch nur mit Blick auf die Hochschulen zu tun, würde zu kurz greifen. Im Interesse der Unterstützung und Förderung benachteiligter Kinder und Jugendlicher brauchen wir dringend eine bessere und engere Zusammenarbeit von Bund und Ländern im Bereich der Schulpolitik“, fordert Neher. So habe sich der Deutsche Caritasverband bereits in seiner bildungspolitischen Position „Für ein chancengerechtes und inklusives Bildungssystem“ entschieden für die Aufhebung des Kooperationsverbots im Bildungsbereich ausgesprochen.

**Herausgegeben von
Deutscher Caritasverband e.V.
Berliner Büro - Pressestelle**

**Redaktion:
Claudia Beck (Pressesprecherin)**

Telefon: 030 284447-42
Telefax: 030 284447-55
E-Mail: pressestelle@caritas.de
Haus der Deutschen Caritas
Reinhardtstraße 13, 10117 Berlin